V-1-011: Für eine gerechte und solidarische Migrationspolitik: Menschlichkeit statt Abschottung

Antragsteller*innen Sofiia Brustinova

Antragstext

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

dominiert. Sie wird durch gezielte Desinfomationskampagnen geprägt und wird der Notwendigkeit einer solidarischen Migrationspolitik nicht gerecht.

Ein Beispiel solcher Politik sin die von Deutschland dieses Jahres eingeführte Kontrollen an der deutschen Landesgrenze. Es muss verhindert werden, dass es zu einer Verlängerung der Grenzkontrollen seitens Deutschlands kommt. Der Schengen-Raum soll nicht unter den migrantenfeindlichen Zügen unseres Lnades leiden.

Von Zeile 14 bis 15 einfügen:

Fluchtumstände und der wirksamen Bekämpfung der Fluchtursachen zu legen, anstatt dem Rechtspopulismus, der ohne echte gesellschaftliche Problemen zu lösen die Migration begrenzen möchte, nachzugeben.

Von Zeile 19 bis 20 einfügen:

Zugang zu Bildung und Wohnraum, sowie Arbeitserlaubnis, Sozialleistungen und soziale Teilhabe. Dazu gehören unter anderen Investitionen in Sprachkurse, Schul- und Erwachsenbildung, sowie Flüchtlingsunterkünfte, wobei es nicht darum geht, am wenigsten Geld auszugeben und die Arbeit privaten Anbietern zu überlassen, sondern effektive Unterstützung von den Geflüchteten zu leisten. Auch gegen systematische Diskriminierung und rassisctische Gewalt muss aktiv vorgegangen werden.

Von Zeile 22 bis 25 einfügen:

schaffen. Das Sterben auf dem Mittelmeer muss beendet und Seenotrettung vollständig legalisiert werden. Haftähnliche Bedingungen dürfen auf keinen Fall erlaubt werden und UN Kinderrechte müssen besonders berücksichtigt werden. Es braucht viel mehr Transparenz: Menschenrechtsverletzungen an der Grenze müssen systematisch aufgedeckt, bestraft und verhindert werden.

Zudem lehnen wir das Konzept der “sicheren Drittstaaten” ab. Auch das Konzept der “sicheren Herkunftsländer” sollte kritisch hinterfragt werden: auch im Hinblick auf die Reaktion der CDU auf den Machtwechsel in Syrien: während es noch unklar ist, wie die Situation sich entwickelt, und die die Lage sich nicht stabilisiert hat, wird es sofort über Abschiebungen diskutiert. Die Aufenhaltsrechte der Syrer*innen in Deutschland sollen geschützt werden und als GRÜNE JUGEND stehen wir dafür ein.

Begründung

Grenzkontrollen: eine krasse Maßnahme die zwar "temporär" eingeführt wurde aber praktisch indefinitiv verlängert werden kann und daher besonders kritisiert werden muss.
(Formulierung die mir ein bisschen mehr gefällt...)
Flüchtlicngunterkünfte: https://www.tagesschau.de/investigativ/monitor/fluechtlinge-unterbringung-unternehmen-100.html
Zu GEAS ist das nur eine Erläuterung.
CDU & Syrien: neu, kann aber möglicherweise zu einem Problem (oder mindestens sehr aktuell) bald werden, also wollte ich es zus Sicherheit inkludieren.